

CORONA-KRISE VERSCHÄRFT BILDUNGSUNGERECHTIGKEIT

Standortbestimmung Schule³ und 8 Forderungen für mehr Bildungsgerechtigkeit

Schule ist Lern- und Lebensort

Schon vor der Coronapandemie war deutlich, dass es in Deutschland eine tiefe Spaltung bezogen auf Bildungsgerechtigkeit gibt, haben doch bereits die PISA-Studien der letzten Jahre immer wieder gezeigt, dass der Bildungserfolg junger Menschen in Deutschland überproportional von der sozialen Herkunft abhängig ist.

In Zeiten der Coronapandemie wird wie mit dem Brennglas sichtbar, wie tief die soziale Spaltung in Deutschland bezogen auf Bildungsgerechtigkeit ist, und es zeigt sich, dass der Graben durch die Pandemie noch größer wird.

Ursachen für die immer deutlicher werdende Chancenungleichheit sehen wir hauptsächlich in zwei Bereichen: Einerseits im Bereich der materiellen Ausstattung (sowohl im digitalen Bereich als auch im familiären Umfeld), andererseits im Bereich der sozialen Kompetenzen und der Unterstützungsmöglichkeiten.

Zum einen besitzen die meisten unserer Schüler*innen und auch deren Eltern keine digitalen Endgeräte und erst recht keine Drucker und Scanner, von einem ausreichend schnellen WLAN kann oft nur geträumt werden. Zum anderen fehlt häufig ein Rückzugsort zum Arbeiten, es gibt (außer vielleicht am Küchentisch) keine Möglichkeit zum Schreiben, Ruhe und Konzentration sind bei beengten Wohnverhältnissen kaum zu realisieren. Häufig stellt die Familie Ansprüche, die erfüllt werden müssen, z.B. kleinere Geschwister müssen beaufsichtigt werden, im Haushalt muss gearbeitet werden, da die Arbeitszeit für die Schule als nicht so vordringlich angesehen wird.

Andererseits fehlt gerade unseren Schüler*innen die inhaltliche und emotionale Unterstützung. Es fehlen die Lehrerinnen und Lehrer als diejenigen, die ermutigen, trotz auftretender Lernwiderstände weiterzuarbeiten; es fehlt die Lehrperson, zu der es eine positive Beziehung gibt, so dass man noch einmal nachfragen kann, wenn etwas nicht verstanden wurde, es fehlen positive Vorbilder, an denen die Schüler*innen sich in ihrem Verhalten orientieren können, und oft fehlt einfach eine Tagesstruktur, die dabei hilft, den ganzen Tag nicht nur vor der Spiele-Konsole zu verbringen.

Für unsere Schüler*innen ist Schule mehr als ein Lernort. Schule ist ein Ort des gemeinsamen Lebens und der sozialen Kontakte, ein Ort mit einem gesunden Essensangebot, ein sicherer Ort. Aus dieser Sicherheit heraus wagen unsere Schüler*innen Neues und können überhaupt erst lernen.

Damit unsere Schüler*innen nicht weiter abgehängt werden, sondern aufholen können, wiederholen wir zum neuen Schuljahr 2020/21, das sicher noch unter dem Unstern Corona stehen wird, die zentrale Forderung von SCHULE³ „Ungleiches ungleich behandeln“. Konkret bedeutet das:

1. Ganzttag sicherstellen: Mittagsbetreuung und Freizeitangebote

Da ein Großteil unserer Schüler*innen darauf angewiesen ist, nicht nur in den Kernfächern Mathematik, Englisch, Deutsch Kompetenzen in der Schule zu erwerben, sondern auch Kompetenzen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu erwerben, muss dringend der Ganztagsbereich sichergestellt werden. Angebote im sportlichen und im kreativ künstlerisch - musischen Bereich sind für die Entwicklung der Persönlichkeit grundlegende Faktoren, die insbesondere nach einer so langen Ausnahmezeit, wie wir sie ab Mitte März erlebt haben, unverzichtbar sind.

Ein warmes Mittagessen, wie es in unseren Schulen angeboten wird, ist für viele unserer Schüler*innen eine lebensnotwendige Unterstützung, auf die sie schon viel zu lange verzichten mussten.

2. Weitere zeitliche Öffnung von Schule (Sozialarbeiter etc.)

Wenn das nächste Schuljahr noch unter Infektionsschutz-Maßnahmen stehen wird, muss geregelt werden, wie Schulen zeitlich länger geöffnet werden können. Die häufig schwierigen Familienverhältnisse sind nicht die Umgebung, in die wir Kinder und Jugendliche nach einigen Stunden Unterricht zurückschicken wollen. Um Schüler*innen länger in der Schule behalten zu können, brauchen wir Personal (z.B. kann man dabei an Studierende denken, die auf Grund des nur begrenzten Universitätsbetriebs sicherlich gerne einen pädagogisch sinnvollen Nebenjob übernehmen würden). Auch die Räumlichkeiten müssen erweitert werden, damit Freizeitbeschäftigungen in kleineren Gruppen stattfinden können. Für unsere Schüler*innen ist die Schule ein Raum, in dem sie sich wohlfühlen und in dem sie sich gerne auch über die Unterrichtszeit hinaus aufhalten wollen.

3. Keine Reduzierung des Unterrichts auf die Kernfächer Mathematik, Deutsch, Englisch

Die Reduktion von Bildung auf die Vermittlung von Kompetenzen in diesen drei Fächern ist eine Verarmung unserer schulischen Bildungsarbeit. Kunst und Musik, Naturwissenschaften, Fächer der Gesellschaftslehre, Technik, Hauswirtschaft und Sport gehören für uns wesentlich zur Bildung in einem humanistischen Sinne zusammen. Nur die Vielfalt unseres Fächerkanons kann dafür sorgen, dass Schüler*innen sich zu selbstbewussten und aufgeklärten Persönlichkeiten entwickeln, die nicht in Gefahr stehen, verführbar durch Ideologien zu sein. Um den gesamten Fächerkanon abdecken zu können bei voraussichtlich reduziert einsetzbarer Lehrerschaft, müssen Abstriche in anderen Bereichen gemacht werden.

Die Einführung des Kompetenz-Begriffs in die pädagogische Diskussion vor etlichen Jahren machte Schulpraktiker*innen deutlich, Kompetenzen können und müssen exemplarisch erworben werden. Wir sollten die Corona-Krise nutzen, um uns von dem Fetisch der Inhaltsüberfrachtung zu befreien. Man kann z.B. durch den Verzicht auf schriftliche Leistungsüberprüfungen (Reduzierung der Anzahl von Klassenarbeiten) den Unterricht nachhaltig verändern: wir könnten wegkommen vom mittlerweile üblichen „Teaching for the test“, um exemplarisch besser verankerte Kompetenzen vermitteln zu können.

4. Mehr pädagogische Freiheiten

In Zeiten, in denen Schüler*innen nahezu ein halbes Jahr weniger Unterricht hatten als zu Normalzeiten, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, neue Unterrichtsformen auszuprobieren. Wie die Schere, die sich zwischen „Selbstlernern“ und denen, die sich mit neuen Inhalten schwer tun, zu verringern sein wird, können die Schulen am besten vor Ort entscheiden. Ob es z.B. sinnvoll ist, die äußere Fachleistungsdifferenzierung weiter hinauszuschieben, ob es sinnvoll ist, phasenweise auf Noten zu verzichten, ob es sinnvoll ist, individuell unterschiedliche Lernzeiten (und damit Anwesenheitszeiten in der Schule) für Schüler*innen festzulegen, muss jede Schule selbstständig entscheiden, aber dafür brauchen wir mehr pädagogische Freiheiten.

5. Keine Zentralen Prüfungen (ZP10) und Veränderungen der Vorgaben und Aufgaben für das Abitur

Auf Grund der langen Schulschließungen und des voraussichtlich nur eingeschränkten Schulbetriebs im nächsten Schulhalbjahr sollte auf die Durchführung der Zentralen Prüfungen 10 im Frühjahr 2021 verzichtet werden. Vor Einführung der ZP 10 wurden ebenfalls Schulabschlüsse vergeben, deren Qualität nicht schlechter war als die nun mit den ZP 10 erreichten Abschlüsse. Der Ver-

zucht auf die ZP 10 würde deutlich signalisieren, dass Bildung mehr ist als das, was durch Output-Überprüfung gemessen werden kann, es würde den Schulen mehr Spielräume eröffnen und den Schüler*innen Ängste nehmen.

Die im nächsten Jahr anstehenden Abiturprüfungen können nicht so vorbereitet werden, wie dies in vor Corona-Zeit möglich war. Das halbe Jahr Schulschließung, die sehr unterschiedliche Möglichkeit, Schüler*innen digital zu erreichen und zu unterrichten, führen dazu, dass sowohl die Vorgaben der Obligatorik als auch die Prüfungsaufgaben überarbeitet werden müssen. Durch die Bereitstellung von mehr Aufgaben, aus denen die Schule bzw. die Schüler*innen auswählen können, durch die Überarbeitung der Erwartungshorizonte und durch die Eröffnung von Freiräumen bei der Beurteilung müssen die Anforderungen des Abiturs an die veränderten Vorbereitungen angepasst werden.

6. Entlastung von Kolleg*innen für den zusätzlichen Einsatz

Alle Kolleginnen und Kollegen haben festgestellt, dass digitaler Unterricht wesentlich zeitaufwändiger ist als herkömmlicher Unterricht, zum einen, weil uns Routinen dafür fehlen, zum anderen, weil unsere Schülerschaft mit dieser Art des Lernens nicht besonders geübt ist. Nach der Öffnung der Schulen für den Präsenz-Unterricht haben wir gemerkt, dass unsere Schüler*innen noch mehr Zeit für Gespräche, Zeit für zusätzliche Betreuung und einfach für das Erzählen von dem, was sie in der Zwischenzeit erlebt haben, brauchen. Viele Kolleg*innen haben einfach Zuhören müssen, manche haben wirklich schwierige Gespräche über die Erlebnisse der letzten zwei Monate geführt und manche haben auch das Gefühl, bei unseren ansonsten erfolgreichen Erziehungsbemühungen wieder ganz von vorne beginnen zu müssen. All das braucht Zeit, die die Kolleg*innen zusätzlich investieren, die ihnen aber als Arbeitszeit angerechnet werden müsste. Was schon vor der Pandemie deutlich war, dass die Kolleg*innen an Schulen mit schwierigen Ausgangsbedingungen sehr viel mehr Zeit in die Arbeit mit den Schüler*innen investieren müssen, zeigt sich durch die veränderten Bedingungen noch einmal deutlicher. Oft sind die Lehrer*innen die einzigen Bezugspersonen, mit denen die Schüler*innen ein vertrauensvolles Gespräch führen können. Dies konnten sie zweieinhalb Monate nicht, desto notwendiger ist es, dass wir uns für diese Bedürfnisse jetzt Zeit nehmen. Ein Kind oder ein Jugendlicher kann nur neues Lernen, wenn er/sie sich sicher fühlt, wenn Wertschätzung erfahren wird. Dies kostet Zeit!

7. Sozialindex umsetzen / Klassenfrequenzen senken

Beim Unterricht unter Corona-Bedingungen haben Kolleg*innen festgestellt, dass man natürlich in einer Lerngruppe mit nur 10 Schüler*innen sehr viel individueller fördern und fordern kann, als in einer Lerngruppe mit 29 oder 27 Schüler*innen. Auch wenn es wissenschaftliche Untersuchungen darüber gibt, dass die Größe der Lerngruppe verhältnismäßig wenig Einfluss auf das Lernergebnis hat, so müssen wir doch feststellen, dass dies nur insofern zutrifft, als es irrelevant ist, ob 25 oder 30 Schüler*innen in einer Gruppe sind. Sobald eine bestimmte Gruppengröße überschritten wird, spielt die Zahl keine wesentliche Rolle mehr. Bei der Heterogenität unserer Schülerschaft ist es dringend notwendig, die Klassenfrequenz abzusenken, damit wir durch Individualisierung verhindern können, dass einige Schüler*innen nun vollends abgehängt werden. Eine Gruppengröße, die für die gesamte SI festgeschrieben ist, würde den Schulen Sicherheit geben, dass sie nicht nur im 5. Jahrgang sondern durch die gesamte SI mit einer Klassengröße von 20 Schüler*innen arbeiten können. Der individuell sehr unterschiedliche emotionale und fachliche Aufbau nach der langen Schulschließung lässt sich in kleineren Klassen sehr viel aussichtsreicher gestalten als in unseren großen Gruppen.

Dass gerade unsere Schüler*innen besonders gut ausgebildete und auch genügend Lehrer*innen brauchen, ist mittlerweile unumstritten. Nicht umsonst hat das Ministerium Anreize schaffen wollen, dass Bewerber*innen Stellen an nicht so beliebten Standorten annehmen. Diese Ansätze müssen ausgebaut werden, so dass junge Lehrer*innen Anreize bekommen, Schulen an schwierigen Standorten auszuwählen (mehr Beförderungsmöglichkeiten an diesen Schulen, Anrechnung von Beratungszeiten auf die Arbeitszeit, etc.).

Von daher ist es dringend notwendig, den längst überfälligen Sozialindex umzusetzen, um Schulen an schwierigen Standorten in die Lage zu versetzen, ihre in Corona-Zeiten doppelt benachteiligten Schüler*innen angemessen unterstützen zu können.

8. Finanzierung

Die 300 / 600 € von Bund und Ländern sollten direkt den Schulen zur strukturellen Absicherung der Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Auch Mittel aus BUT, die nicht abgerufen wurden, könnten denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die diese Mittel wirklich brauchen. Wenn zu Zeiten der Pandemie-Folgen-Bekämpfung Milliarden in unterschiedliche Programme und Unterstützungsmaßnahmen investiert werden, sollten wir uns die Frage stellen, ob es nicht endlich an der Zeit ist, die Chancenungleichheit in der Bildung unserer Kinder dadurch abzumildern, dass wir auch in den Bildungsbereich mehr investieren als in der Vergangenheit. Um diejenigen, die unter den Corona-Bedingungen noch einmal mehr benachteiligt sind, eine wirkliche Chance zu geben, muss jetzt zum nächsten Halbjahr in Bildung investiert werden gerade auch angesichts der in Aussicht gestellten 500 Mrd. Euro zur Stützung der Wirtschaft.

Ansprechpartner*innen:

Dorothee Kleinherbers-Boden	Sprecherin	01573 1069298	SchuleHochDrei@ggg-web.de
Erhard Schoppengerd	Sprecher	0173 5422630	SchuleHochDrei@ggg-web.de
Werner Kerski	Vorstand GGG NRW	02304/72187	wernerkerski@ggg-web.de